

**Kleine Anfrage****Sascha Herr (fraktionslos) vom 23.01.2026****Politisch links motivierte Angriffe auf Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen und Kulturgüter sowie deren Bewertung durch Sicherheitsbehörden in Hessen****und****Antwort****Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz****Vorbemerkung Fragesteller:**

In den vergangenen Jahren kam es bundesweit wiederholt zu politisch motivierten Straftaten aus dem extremistischen Spektrum, die sich nicht nur gegen klassische kritische Infrastruktur, sondern auch gegen öffentliche Gebäude, staatliche Einrichtungen sowie Kunst- und Kulturgüter richteten. Neben materiellen Schäden betreffen solche Angriffe regelmäßig auch das staatliche Gewaltmonopol, die Funktionsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. In der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung werden unterschiedliche Phänomenbereiche politisch motivierter Kriminalität jedoch häufig unterschiedlich bewertet, erfasst und eingeordnet. Während bestimmte Formen extremistisch motivierter Gewalt sehr detailliert abgefragt, statistisch aufgeschlüsselt und politisch eingeordnet werden, erfolgt bei anderen Phänomenbereichen oftmals eine weniger differenzierte oder aggregierte Betrachtung. Dies wirft Fragen nach einheitlichen Maßstäben, nach der Transparenz staatlicher Bewertungs- und Klassifizierungsprozesse sowie nach der Gleichbehandlung der Phänomenbereiche im Rahmen der Sicherheitsarchitektur des Landes auf. Vor diesem Hintergrund stellt sich insbesondere die Frage, wie politisch links motivierte Angriffe auf Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen und Kulturgüter in Hessen erfasst, bewertet und in ihrer sicherheitspolitischen Relevanz eingeordnet werden. Die nachfolgende Kleine Anfrage dient der Wahrnehmung des parlamentarischen Kontrollauftrags und zielt darauf ab, bestehende Erkenntnisse, Bewertungsmaßstäbe und Präventionsansätze transparent darzustellen.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz und für den Rechtsstaat wie folgt:

- Frage 1 Wie viele politisch motivierte Straftaten mit Tatmitteln wie Sabotage, Brandlegung oder gezielter Sachbeschädigung wurden in Hessen seit dem 1. Januar 2020 registriert, die sich gegen kritische Infrastruktur, öffentliche oder staatliche Gebäude sowie Bildungs-, Kunst- oder Kultureinrichtungen richteten? Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Objektart und Phänomenbereich.
- Frage 2 Welche Gesamtschadenssummen sind dem Land Hessen, den Kommunen oder öffentlich-rechtlichen Trägern durch politisch motivierte Angriffe auf Infrastruktur, öffentliche Gebäude sowie Kunst- und Kultureinrichtungen seit 2020 entstanden? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Objektart.
- Frage 3 In wie vielen Fällen politisch motivierter Angriffe auf Infrastruktur, öffentliche Gebäude oder Kulturgüter seit 2020 erfolgte durch die zuständigen Behörden eine Bewertung als gezielter politischer Angriff auf staatliche oder öffentliche Strukturen? Bitte aufschlüsseln nach Jahr.
- Frage 4 Welche internen Kriterien oder Bewertungsmaßstäbe legen Polizei und Verfassungsschutz in Hessen bei der Zuordnung politisch motivierter Angriffe auf Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen oder Kulturgüter zum Phänomenbereich PMK-links zugrunde?
- Frage 5 In wie vielen Fällen politisch links motivierter Straftaten gegen öffentliche Einrichtungen oder Kulturgüter seit 2020 kam es zu einer Einstellung von Ermittlungsverfahren? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Einstellungsgrund.
- Frage 7 In welchem Umfang werden bei der statistischen Erfassung politisch motivierter Straftaten in Hessen symbolische Tatziele wie Verwaltungsgebäude, Parteibüros, Hochschulen, Museen, Denkmäler oder sonstige kulturelle Einrichtungen gesondert erfasst oder ausgewertet?

Die Fragen 1 bis 5 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die extremistisch politisch motivierten Straftaten stellen eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Es ergeben sich die folgenden Fallzahlen:

Jahr	Fallzahlen	Phänomenbereich
2020	141	10x PMK -rechts- 95x PMK -links- 2x PMK -ausländische Ideologie- 34x PMK -nicht zuzuordnen-
2021	119	24x PMK -rechts- 69x PMK -links- 2x PMK -ausländische Ideologie- 24x PMK -nicht zuzuordnen-
2022	110	8x PMK -rechts- 67x PMK -links- 8x PMK -ausländische Ideologie- 27x PMK -nicht zuzuordnen-
2023	138	10x PMK -rechts- 74x PMK -links- 3x PMK -ausländische Ideologie- 51x PMK -sonstige Zuordnung-
2024	132	12x PMK -rechts- 51x PMK -links- 10x PMK -ausländische Ideologie- 1x PMK -religiöse Ideologie- 58x PMK -sonstige Zuordnung-
2025	191 (vorläufig)	12x PMK -rechts- 70x PMK -links- 17x PMK -ausländische Ideologie- 1x PMK -religiöse Ideologie- 91x PMK -sonstige Zuordnung-

Der Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- wurde zum 1. Januar 2023 inhaltsgleich in den Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- überführt.

Weitere Daten im Sinne der Fragestellungen werden statistisch nicht erfasst.

Frage 6 Welche tatbegleitenden ideologischen Begründungen wurden bei politisch motivierten Angriffen auf öffentliche Gebäude, staatliche Einrichtungen oder Kunst- und Kultureinrichtungen in Hessen seit 2020 durch Sicherheitsbehörden dokumentiert? Bitte aufschlüsseln nach thematischem Bezug, zum Beispiel Antifaschismus, Kapitalismuskritik, Klimaprotest oder Staatsablehnung.

Zur Beantwortung der Frage 6 wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.

Frage 8 Welche Schutz- und Präventionsmaßnahmen wurden seit 2020 in Hessen speziell zum Schutz öffentlicher Gebäude, staatlicher Einrichtungen sowie von Kunst- und Kulturgütern vor politisch links motivierten Angriffen umgesetzt? Bitte aufschlüsseln nach Maßnahme, zuständigem Ressort und Jahr.

Frage 9 Welche landesgeförderten Präventionsprogramme oder Projekte befassen sich ausdrücklich mit der Prävention linksextremistisch motivierter Gewalt gegen staatliche, öffentliche oder kulturelle Einrichtungen? Bitte aufschlüsseln nach Programmbezeichnung, Fördervolumen und Laufzeit.

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung geht konsequent gegen alle Formen des Extremismus vor. Hierzu zählt, dass die Landesregierung dem starken Anstieg des Linksextremismus mit konsequenten Maßnahmen begegnet. So schützt beispielsweise das Landesprogramm „Videoschutzanlagen im öffentlichen Raum“ vor politisch motivierten Angriffen.

Aktuell hat die Landesregierung ein Bündel von Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus auf den Weg gebracht, das der Innenminister in seiner Regierungserklärung am 17. März 2026 erläutert hat. Es umfasst unter anderem die Einrichtung eines Präventionsnetzwerks gegen Linksextremismus, an welchem staatliche und nichtstaatliche Akteure der Wissenschaft und Zivilgesellschaft mitwirken. Zur Beratung, Aufklärung und Prävention wurde die „Fachstelle Linksextremismus Hessen“ eingerichtet, die bis 2029 mit finanziellen Mitteln in Höhe von 400.000 Euro gefördert wird. Im Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV) wurde eine Kompetenzstelle Linksextremismus (KOLEX) eingerichtet. Daneben wird die personenbezogene Bearbeitung von Linksextremisten im LfV über eine neue Einheit „Fokus-

sierte operative Bearbeitung herausragender Akteure Linksextremismus“ (FOBALEX) intensiviert. Bei der Polizei wurde die interdisziplinäre Ermittlungs- und Auswerteeinheit HeLiX-ST unter der Leitung des Landeskriminalamts ins Leben gerufen. Sie hat die Aufgabe, Vernetzungen innerhalb der linksextremistischen Szene aufzudecken. Dort werden auch Finanzermittlungen integriert. Auf Bundesebene wird sich die Landesregierung für Maßnahmen gegen die Plattform indymedia.org, dem derzeit wichtigsten Informations- und Propagandamedium der linksextremen Szene, einsetzen. Auch wird dem Thema „Linksextremismus“ bei der Verbesserung der Resilienz künftig größerer Raum gegeben und dieses in das Format des Sicherheitsdialogs eingezogen. Ein Baustein dafür ist das neue Programm KOMPASS Resilienz. Damit soll ein Netzwerk zur Stärkung der Krisenfestigkeit zwischen den Kommunen und relevanten Akteuren geschaffen werden. Schließlich wird die Erinnerungskultur wachgehalten. Ein symbolträchtiger Ort ist die Startbahn West am Flughafen Frankfurt. Am 2. November 1987 hatte ein Linksextremist auf dem Gelände der Startbahn West zwei Polizisten erschossen.

Darüber hinaus werden aktuell mehr als 100 geförderte Projekte zur Stärkung von Toleranz-, Empathie-, Diskurs- und Demokratiefähigkeit umgesetzt. Dabei wird einem phänomenübergreifenden Ansatz besondere Bedeutung beigemessen. So arbeiten beispielsweise die „Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (DEXT) in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Sonderstatus-Städten (Laufzeit 2020 bis 2029, grundsätzlich bis zu 50.000 Euro je Fachstelle) auch im Themenfeld Linksextremismusprävention. Mit dem Projekt „Streitgespräche mit KI“ der Hochschule RheinMain (Laufzeit 2026 bis 2027, insgesamt bis zu 82.350 Euro) werden extremistische Denkweisen und Kommunikationsstrategien in einem geschützten Rahmen erfahrbar gemacht und Menschen sensibilisiert.

Frage 10 Beabsichtigt die Landesregierung die Erstellung einer gesonderten Lageauswertung zu politisch links motivierten Angriffen auf Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen und Kulturgüter in Hessen?

Alle polizeilichen Sachverhalte, die KRITIS betreffen, werden durch die Sicherheitsbehörden aufmerksam beobachtet und analysiert.

Wiesbaden, 22. April 2026

Prof. Dr. Roman Poseck

Anlage

Kleine Anfrage 21/3455, Anlage 1 (Frage 6)

Oberthemenfeld
ABC-Kriminalität
Anarchismus
Antifaschismus
Antiimperialismus
Antimilitarismus
Antirassismus
Ausländer
Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität
COVID
Hasskriminalität
Herausragende Veranstaltungen
Innen- und Sicherheitspolitik
Islamismus/Fundamentalismus
Kaufkraftminderung/Existenzgefährdung
Kommunismus
Konfrontation/ politische Einstellung
Krisenherde/ Bürgerkriege
Menschenrechte
Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus
Ökologie/ Industrie/ Wirtschaft
Politischer Kalender
Sozialpolitik
Spionage
Verschwörungserzählung